Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 27. Februar 2013, 14:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 3/2013

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion
Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski

Mitglied BASU-Fraktion
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion
Beigeordneter Stefan Becker
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied "Die Linke"
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP
Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent
Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

von der Verwaltung
Büroleitung Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereich Finanzen Sabrina Fürst
Fachbereich Finanzen Jan Hülsemann
Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak
Fachbereichsleitung Jugend Carsten Feist

Protokollführerin
Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Michael von den Berg

als Gast
Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers
Geschäftsführerin/Betriebsleiterin Reinhard-Nieter-Krankenhaus Andrea Aulkemeyer

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 27

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Wirtschaftspläne 2013	
6.1.1	Wirtschaftsplan 2013 der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH	**48/2013**
6.1.2	Wirtschaftsplan 2013 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH	**49/2013**
6.1.3	Wirtschaftsplan 2013 der WTF Stadtwerke GmbH	**50/2013**
7.1.1	Wirtschaftspläne 2013	
7.1.1.1	Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes GGS	**337/2012**
7.1.1.2	Wirtschaftsplan 2013 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH	**38/2013**
7.1.2	Haushalt 2013/2014 inkl. Änderungsliste	
7.1.2.1	Gesamtpläne 2013 / 2014	
7.1.2.2	Änderungsliste zum Haushalt 2013/2014	
7.1.3	Teilhaushalte nach Dezernaten	
7.1.3.1	Dezernat I - Oberbürgermeister Wagner:	
7.1.3.1.1	Teilhaushalt 02 - Gleichstellung	
7.1.3.1.2	Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination	
7.1.3.1.3	Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfung	
7.1.3.1.4	Teilhaushalt 81 - Wirtschafts- und Regionalmanagement (Referat 03)	
7.1.3.2	Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers:	
7.1.3.2.1	Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste	
7.1.3.2.2	Teilhaushalt 20 - Finanzen	
7.1.3.2.3	Teilhaushalt 30 - Recht	
7.1.3.2.4	Teilhaushalt 50 - Soziales	
7.1.3.2.5	Teilhaushalt 51 - Jugend	
7.1.3.2.6	Teilhaushalt 53 - Gesundheit	
7.1.3.3	Dezernat III - Stadtbaurat Kottek:	
7.1.3.3.1	Teilhaushalt 61 - Stadtplanung	
7.1.3.3.2	Teilhaushalt 63 - Bauordnung	
7.1.3.4	Dezernat IV: Stadtrat Dr. Graul:	
7.1.3.4.1	Teilhaushalt 32 – Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung	
7.1.3.4.2	Teilhaushalt 36 - Umwelt	
7.1.3.4.3	Teilhaushalt 37 - Feuerwehr	
7.1.3.4.4	Teilhaushalt 40 - Bildung, Kultur, Sport	
7.1.3.5	Sonderteilhaushalte:	
7.1.3.5.1	Sonderteilhaushalt KS - Konzern Stadt	
7.1.3.5.2	Sonderteilhaushalt AF - Allgemeine Finanzen	
7.1.4	Stellenplan 2013/2014	
7.1.5	Investitionsprogramm 2013 - 2017	
7.1.6	Haushaltssicherungskonzept	
7.1.7	Haushaltssatzung 2013 / 2014	**37/2013**

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Biehl zeigte sich verwundert, dass die Vorlage 62/2013 „Information zum Stand der Gespräche mit der Hospitalgesellschaft / St. Willehad-Krankenhaus“ im nichtöffentlichen Teil angesiedelt sei.

Herr Dr. von Teichman bemängelte, dass die Wirtschaftspläne unter TOP 6.1 zum einen nicht im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beraten worden seien und zum anderen erst kurzfristig vorgelegen hätten.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass die von Herrn Biehl genannte Beschlussvorlage aufgrund schützenswerter Interessen der Beteiligten heute im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung zu finden sei. Unbestritten sei jedoch, dass die Diskussion über die Inhalte öffentlich zur führen sei.
Anschließend begründete Oberbürgermeister Wagner, warum die Wirtschaftspläne so kurzfristig nachgereicht worden seien.

Herr Biehl hielt den Ausführungen von Oberbürgermeister Wagner entgegen, dass die besagten schützenswerten Interessen bereits in der Zeitung nachzulesen gewesen seien. Er halte es darüber hinaus für sehr wichtig, dass die Werte- und Moraldiskussion öffentlich geführt werde. Diese wiederum sei auch Inhalt des Eckpunktepapiers, über das heute beraten werde. Daher **beantrage er die Verschiebung dieses Punktes in den öffentlichen Teil der Sitzung**.

Herr Stoffers wendete ein, eine Verschiebung sei nicht möglich, solle ein wirksamer Beschluss gefasst werden. Für die Beratung im öffentlichen Teil sei die vorherige Bekanntmachung gesetzlich vorgeschrieben, was in diesem Fall jedoch nicht möglich sei.

Der Antrag von Herr Biehl wurde bei 13 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion und Linke) **mehrheitlich abgelehnt.**

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Die Durchführung einer „aktuellen Stunde“ wurde nicht beantragt.

4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Informationen vor.

5 Haushaltsreden zum Haushalt 2013/2014

Es folgten die Reden zum Haushalt durch

- Oberbürgermeister Wagner
- Herrn Ersten Stadtrat Stoffers
- Herrn Beigeordneten Hellwig, Vorsitzender der CDU-Fraktion
- Herrn Beigeordneten Föhlinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion
- Herrn Beigeordneten Biehl, Vorsitzender der Gruppe Grüne/WBV
- Frau Ratsfrau Ober-Bloibaum, Vorsitzende der BASU-Fraktion
- Herrn Ratsherrn Walpurgis, Vorsitzender der UWG-Fraktion.

Die Haushaltsreden sind im Ratsinformationssystem als **Anlage zur Sitzung** hinterlegt.

Im Anschluss wurde die Sitzung für eine **Pause von 15.50 Uhr bis 16.05 Uhr** unterbrochen.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

6.1 Wirtschaftspläne 2013

6.1.1 Wirtschaftsplan 2013 der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH **48/2013**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 27.02.2013 vor und signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Dr. von Teichman kritisierte erneut die fehlende Vorbereitung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft. Er zeigte sich außerdem verwundert über die Differenz beim angegebenen Defizit im Haushalt gegenüber dem im Wirtschaftsplan und hielt die Zahlen für nicht realistisch. Dies belegte er anhand einiger Beispiele. Insgesamt beinhalte der Haushalt aus seiner Sicht erschreckende Zahlen. Er könne das Argument, die Haushaltslage der Stadt sei aufgrund unbeeinflussbarer Faktoren von außen entstanden, nicht gelten lassen. Dieser Wirtschaftsplan zeige ihm vielmehr, dass die Probleme hausgemacht seien.

Herr Debring und **Frau Biester** kritisierten ebenfalls übereinstimmend die verspätete Vorlage des Wirtschaftsplans. Derartige Zahlenwerke bedürften einer umfassenden Vorbereitung und somit auch einer entsprechend rechtzeitigen Vorlage.

Auf Bitten von **Herrn Biehl** nahm **Frau Aulkemeyer** bezüglich der von Herrn Dr. von Teichman erhobenen Vorwürfe Stellung: Sie wies darauf hin, dass die Personalkosten mit einem Anteil von ¾ der Aufwendungen den größten Posten darstellten und begründete dies anschließend. Die Verbesserungen auf der Erlösseite resultierten zum einen aus einer Leistungssteigerung im Bereich der somatischen Fachgebiete; zum anderen habe es im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie eine Planbettenaufstockung gegeben. Darüber hinaus sei der Einrichtung einer teilstationären kinder- und jugendpsychiatrischen Tagesklinik vom Sozialministerium zugestimmt worden. Dies wiederum führe zu weiteren Erlösen. In Bezug auf die im Investitionsplan ausgewiesenen Investitionen weise sie darauf hin, dass es hier ausnahmslos um solche in Medizintechnik handele. Die Mittel hierfür stammten aus entsprechenden Fördermitteln. Selbstverständlich seien die Verluste des Hauses ein Zustand, der künftig dringend einer Änderung bedürfe, die jedoch immer im Bereich des Machbaren.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Gegenstimmen: (BASU-Fraktion, FDP)

Dem Wirtschaftsplan 2013 der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtischen Kliniken gGmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 6.055.439 € wird zugestimmt.

6.1.2 Wirtschaftsplan 2013 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH **49/2013**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 27.02.2013 vor und zeigte sich erfreut über die rückläufigen Verluste der WTF. Dies zeige ihm, dass sich der neue Geschäftsführer auf einem guten Weg befinde. Dennoch müsse er die fehlende Vorbereitung im Aufsichtsrat bemängeln, auch wenn dies den besonderen Umständen geschuldet sei.

Herr Dr. von Teichman rügte auch hier die verspätete Vorlage des Wirtschaftsplanes. Es verwundere ihn zudem, dass eine Ergebnisverbesserung durch Abschmelzen von Personalkosten erreicht werden solle. Ein solches Vorhaben sei seiner Meinung nach vor dem Hintergrund stetig steigender Personalkosten ohne Personalabbau nicht möglich.

Im Anschluss wurde zwischen den **Herren Biehl**, **Oberbürgermeister Wagner**, **Walpurgis** und **Stoffers** die Besetzung des Aufsichtsrates sowie die Möglichkeit der Änderung der Zusammensetzung diskutiert.

Abschließend erläuterte **Oberbürgermeister Wagner** auf Nachfrage von **Herrn Becker** die Vorteile des Besitzes und der Weitervermietung der Stadthalle durch die Stadt an die WTF.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Gegenstimmen: BASU-Fraktion; UWG-Fraktion und 2 Enthaltungen: FDP und Linke)

Dem Wirtschaftsplan 2013 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 3.774.380 Euro wird vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zu der Vorlage „Wirtschaftsplan 2013 der WTF Stadtwerke GmbH“ [50/2013] zugestimmt.

6.1.3 Wirtschaftsplan 2013 der WTF Stadtwerke GmbH **50/2013**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 27.02.2013 vor. Der Verlust, der durch die Stadt auszugleichen sei, sei unerfreulich, genauso wie die auch hier fehlende Vorbereitung durch die Gesellschafterversammlung. Doch sehe er die Zielsetzung, den Saldo in diesem Jahr bereits zu reduzieren, als Schritt in die richtige Richtung.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert über die Verringerung des Defizites gegenüber dem Stand des Haushaltes im Finanzausschuss in der letzten Woche. Außerdem bezweifle er, dass die Aufsichtsgremien aufgrund ihrer Besetzung, trotz entsprechender Vorschläge, für derartige Änderungen geeignet seien. Er halte es daher für dringend geboten, dass sich die Zusammensetzungen ändern und der Rat künftig regelmäßig entsprechende Informationen erhalte.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Gegenstimmen: BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP)

Dem Wirtschaftsplan 2013 der WTF Stadtwerke GmbH wird zugestimmt.

Der geplante Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Wirtschaftspläne 2013

7.1.1.1 Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes GGS **337/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.02.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman hielt die in der Änderungsliste vorgeschlagenen Änderungen für unverantwortlich. Dringend erforderliche Investitionen, wie zum Beispiel die Sanierung des Rathausturms, dürften nicht eingespart werden. Der Verzicht schädige darüber hinaus nicht allein die Stadt, auch viele Handwerksbetriebe, an die entsprechende Aufträge vergeben würden, würden in Mitleidenschaft gezogen. Seines Erachtens sei dies allein auf die Beschlüsse bezüglich des Reinhard-Nieter-Krankenhauses zurückzuführen. Für ihn sei dies ein Zeichen unverantwortlicher Fehlsteuerung des Haushaltes.

Herr Schmidt gab Herrn Dr. von Teichman recht, wies aber gleichzeitig auf das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes hin. Investitionen seien auch in vielen anderen Bereichen notwendig und würden sehr wohl angegangen. Der Wirtschaftsplan sei im Übrigen mit größter Umsicht und Verantwortung aufgestellt, wofür er der Verwaltung danken wolle. Für weitere Investitionen würde noch wesentlich mehr Geld benötigt, was die Stadt jedoch nicht besitze. Um die nötige Planungssicherheit zu erlangen, könnten nicht alle Projekte auf einmal angegangen werden; es müsse vielmehr ein Schritt nach dem anderen abgearbeitet werden. Notwendige Grundvoraussetzung dafür sei wiederum eine gute Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung.

Herr Kottek machte darauf aufmerksam, dass der ursprüngliche Wirtschaftsplan der GGS wesentlich mehr Maßnahmen enthalten habe. Diese mussten jedoch teilweise nach dem Gespräch mit der Genehmigungsbehörde wieder gestrichen werden. Die Verwaltung hätte gerne mehr Maßnahmen durchgeführt, musste jedoch im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes darauf verzichten.

Herr Hellwig stimmte dem zu: der Betriebsausschuss sei streng durch das Investitionsprogramm gegangen und habe so die Nettoneuverschuldung reduzieren können. Es sei bedauerlich, dass damit viele Projekte zunächst haben zurückgestellt werden müssen, doch gehe die Haushaltssanierung hier vor. Die CDU-Fraktion werde daher dem Wirtschaftsplan zustimmen.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert, dass seitens der Kommunalaufsicht bezüglich des Krankenhauses noch keine Anmerkung zu verzeichnen sei. Da es in der Hand des Rates liege, wohin Haushaltsmittel fließen, appelliere er, diese für Investitionen einzusetzen und nicht für das Krankenhaus.

Herr Stoffers merkte abschließend an, dass sehr wohl noch Gelder für die Rathaussanierung veranschlagt seien. Hierzu zitierte er aus dem Investitionsprogramm. Zwar sei die Summe insgesamt nicht mehr so hoch wie bisher, doch sei sie nicht komplett zurückgefahren, wie von Herrn Dr. von Teichman behauptet.

(Beschluss sh. nächst Seite)

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Gegenstimmen: BASU-Fraktion; FDP)

Der Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung einschließlich der ergänzenden Änderungsliste beschlossen.
Kreditaufnahme für Investitionen sind in Höhe von 6.781.900€ vorgesehen.

Zusätzlich erfolgt im Rahmen der Übernahme der Maßnahme „K-W-Brücke“ die Übertragung des durch WGG aufgenommenen Darlehens mit einer Restschuld von 4.565.708,03 €. Gleichzeitig erhöht sich das Anlagevermögen um den Wert der bisher durchgeführten Baumaßnahme.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 4.546.500 € festgesetzt.

Nach Beschluss über den Schulentwicklungsplan wird der Wirtschaftsplan GGS entsprechend angepasst.

7.1.1.2 Wirtschaftsplan 2013 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH **38/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.02.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman machte auf die von der Verwaltung vorgeschlagene Reduzierung der Aufsichtsratsvergütungen aufmerksam. Dies habe der Aufsichtsrat mehrheitlich abgelehnt. Es stelle sich ihm die Frage, wie die Differenz zum Verwaltungsvorschlag ausgeglichen werden solle. Nach dem vom Aufsichtsrat vorgelegten Entwurf gehe dies zu Lasten Dritter, unter anderem auch der Bürger. Er mahne hier mehr Fingerspitzengefühl an.

Herr Debring warf die Frage auf, ob der Beschlussvorschlag in der vorgelegten Form so zulässig sei. Der Aufsichtsrat habe eine andere Fassung des Wirtschaftsplanes als die von der Verwaltung vorgelegte beschlossen. Seines Erachtens müsse daher auch hier über den Wirtschaftsplan in der vom Aufsichtsrat beschlossenen Form beschlossen werden.

Herr Stoffers erklärte, der Haushalt, wozu auch der Wirtschaftsplan gehöre, werde jedoch von der Verwaltung eingebracht. In der Beschlussvorlage seien darüber hinaus beide Varianten enthalten. Es bleibe dem Rat zudem unbenommen, einen entsprechenden Änderungsantrag zu stellen.

Herr Föhlinger beantragte daraufhin, über den **Wirtschaftsplan in der vom Aufsichtsrat verabschiedeten Fassung** zu beschließen.

An der sich anschließenden Diskussion über die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Verwaltung beim Einbringen des Wirtschaftsplans beteiligten sich die **Herren Debring**, **Stoffers**, **Becker** und **Biehl**.

Der **Änderungsantrag** von Herrn Föhlinger und damit der **Wirtschaftsplan in der vom Aufsichtsrat vorgelegten Fassung** wurde bei 13 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion und Linke) und 1 Enthaltung (FDP) **mehrheitlich angenommen**.

(Beschluss sh. nächst Seite)

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -

Der anliegende Wirtschaftsplan 2013 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH (~~Stand 29.01.2013 – Vorschlag der Verwaltung~~ Vorschlag des Aufsichtsrates) wird genehmigt.

7.1.2 Haushalt 2013/2014 inkl. Änderungsliste

Frau Glaser rief den Haushalt 2013/2014 **inklusive der Änderungsliste** (Anlage 1) auf.
Sie informierte, dass sie den Haushalt dezernatsweise aufrufen werde und bat, Änderungsanträge jeweils passend dazu einzubringen.

7.1.2.1 Gesamtpläne 2013 / 2014

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

7.1.3 Teilhaushalte nach Dezernaten

7.1.3.1 Dezernat I - Oberbürgermeister Wagner:

Es lagen keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge für das Dezernat I inklusive der Teilhaushalte vor.

7.1.3.2 Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers:

7.1.3.2.5 Teilhaushalt 51 - Jugend

Herr Föhlinger brachte folgenden **Änderungsantrag** ein und begründete diesen anschließend:

„Der bereits im Fachausschuss positiv eingebrachte Ergänzungsantrag Familienzentrum West für 2013/14 wird zugestimmt."

Auf Nachfrage von **Herrn Biehl** erläuterte **Herr Stoffers** das Zustandekommen der in Anlage 1b zu diesem Punkt angegebenen Zahlen bzw. der Finanzierungsvorschläge.

Herr Biehl bat anschließend, dass bei Bekanntwerden solcher Informationen alle Ratsmitglieder gleichermaßen informiert würden.

Herr Dr. von Teichman erinnerte daran, dass ursprünglich drei Familienzentren eingerichtet und deren Entwicklung dann fünf Jahre lang geprüft werden sollten. An diesem Punkt sei man jedoch noch nicht angekommen. Außerdem mache er auf das breite Angebot der Familienbildungsstätte aufmerksam. Seines Erachtens sei der Antrag daher fehl am Platz, da der Beweis für die Notwendigkeit eines vierten Familienzentrums erst noch zu erbringen sei. Er halte es für wesentlich wichtiger, Kindern und Jugendlichen eine gute Schulbildung und Ausbildungschancen zu bieten und Gelder besser in diese Einrichtungen zu investieren.

Frau Gastmann hielt dem entgegen, die von Herrn Dr. von Teichman angesprochene Regelung sei ihr neu. Es habe vielmehr von Anfang an der Wunsch nach vier Familienzentren bestanden. Außerdem weise sie darauf hin, dass die Einrichtung guter Schul- und Ausbildungschancen allein nichts nutze, wenn man nicht auch die Eltern mit einbeziehe. In diesem Zusammenhang ging Frau Gastmann auf die Bedeutung von Familienzentren

ein. Sie halte diesen Antrag für eine gute Entscheidung und gut angelegtes Geld.

Frau Breuer stimmte den Ausführungen von Herrn Biehl zu, signalisierte aber die Zustimmung der Gruppe.

Der **Änderungsantrag** von Herrn Föhlinger wurde bei 2 Gegenstimmen (FDP und Oberbürgermeister Wagner) und 1 Enthaltung (Frau Weinstock, BASU-Fraktion) **mehrheitlich angenommen**.

7.1.3.3 Dezernat III - Stadtbaurat Kottek:

Es lagen keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge für das Dezernat III inklusive der Teilhaushalte vor.

7.1.3.4 Dezernat IV: Stadtrat Dr. Graul:

7.1.3.4.1 Teilhaushalt 32 – Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Herr Föhlinger brachte einen **Änderungsantrag für die Fraktionen CDU und SPD** ein:

„Die Einrichtung von zwei weiteren Verkehrsüberwachungsanlagen dort, wo es aus verkehrslenkungstechnischen Gründen sinnvoll ist.
Die Aufstellungsorte sind von Polizei und Verwaltung festzulegen.“

An der folgenden ausführlichen Diskussion über Kosten, Nutzen, Auslastung und mögliche Verwendung dieser Anlagen beteiligten sich **Herr Becker**, **Herr Dr. von Teichman**, **Herr Föhlinger**, **Herr Biehl**, **Herr Valnion**, **Frau Breuer**, **Herr Walpurgis**, **Herr Dr. Graul**, **Herr Jacques** und **Herr Sokolowski**.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der Antrag bei 12 Gegenstimmen (Frau Tegge und Herr Wilhelm, beide CDU-Fraktion; Gruppe Grüne/WBV und BASU-Fraktion) **mehrheitlich angenommen**.

7.1.3.5 Sonderteilhaushalte:

7.1.3.5.1 Sonderteilhaushalt KS - Konzern Stadt

Herr Stoffers machte darauf aufmerksam, dass sich hier die Zahlen nach Maßgabe der soeben beschlossenen Wirtschaftspläne verändern.

Herr Valnion ergänzte, dies gelte auch für den bereits beschlossenen Wirtschaftsplan der TBW, wobei es sich dort um eine redaktionelle Anpassung des Haushaltsplanes an den Wirtschaftsplan handele.

Herr Dr. von Teichman beantragte, die *Zuschüsse der Stadt an das RNK auf Null* zu setzen.

Auf die Nachfrage von **Oberbürgermeister Wagner**, wie dann das Krankenhaus fortbestehen und die medizinische Versorgung sichergestellt werden solle, empfahl **Herr Dr. von Teichman** den Verkauf.

Oberbürgermeister Wagner wendete ein, dass dann der Antrag umformuliert werden müsse.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass es an dieser Stelle zunächst um den Haushalt gehe und daher zunächst die Streichung des Zuschusses beantragt werde. Den Verkauf thematisiere er später an anderer

Stelle.

Der **Antrag von Herrn Dr. von Teichman** wurde anschließend bei 1 Ja-Stimme (er selbst) und 3 Enthaltungen (BASU-Fraktion; Herr Walzner, UWG-Fraktion) **mehrheitlich abgelehnt**.

7.1.3.5.2 Sonderteilhaushalt AF - Allgemeine Finanzen

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

7.1.4 Stellenplan 2013/2014

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

7.1.5 Investitionsprogramm 2013 - 2017

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

7.1.6 Haushaltssicherungskonzept

Es wurde über die Punkte des **Haushaltssicherungskonzeptes (Anlage 2)** jeweils einzeln diskutiert und abgestimmt.

Ziffer 1

Restrukturierung Konzern Stadt

Herr Föhlinger beantragte zu **Ziffer 1.3** (Optimierung ÖPNV, alternativ Ausschreibung der Leistungen):

„Bei 1.3 Optimierung ÖPNV ist der Halbsatz „alternative Ausschreibung der Leistung“ zu streichen.“

Der Antrag wurde bei 13 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP) und 1 Enthaltung (Linke**) mehrheitlich angenommen**.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Hellwig** zu **Ziffer 1.4** (Aufgabe der Beteiligung Biosphere AG/Bewirtschaftung des Gebäudes durch GGS) erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, es gehe hier lediglich um den Zuschuss an Biosphere, nicht um den Verkauf der Immobilie.

Beschluss: (inklusive der beantragten Änderung) - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 14 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP; Linke)

Ziffer 2

Aufgabenkritik und Prozessoptimierung

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -
(bei 2 Enthaltungen: BASU-Fraktion)

Ziffer 3

Verkleinerung des Rates in der nächsten Wahlperiode

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Ziffer 4

Verkauf der Altenwohnanlage + WPZ + Seniorenpfl. GmbH

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 2 Gegenstimmen: BASU-Fraktion und
2 Enthaltungen: UWG-Fraktion)

Ziffer 5

Neubau eines Krankenhauses zusammen mit JadeWeser Hospitalgesellschaft

Herr Biehl beantragte, **Ziffer 5.1** (alternativ Verkauf des Krankenhauses) zu streichen.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erstaunt, dass die aufgeführten Zahlen unter Ziffer 5 vergleichsweise gering für das Vorhaben ausfielen.

Oberbürgermeister Wagner erläuterte, es handele sich hier um die Ersparnisse, die sich aus einer organisatorischen Zusammenlegung ergeben.

Der **Antrag von Herrn Biehl** wurde bei 1 Gegenstimme (FDP) und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: (ohne Ziffer 5.1) - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 1 Gegenstimme: FDP und 3 Enthaltungen: BASU-Fraktion;
Herr Walzner, UWG-Fraktion)

Ziffer 6

Schließung Freibad Nord

Herr Föhlinger beantragte für die Fraktionen CDU und SPD:

„Prüfauftrag: weitere betriebswirtschaftliche Prüfungen zwecks Erhalt des Freibades Nord und Fortführung des Vertrages des privaten Dienstleisters nach dem 31.12.2015.“

Herr Biehl bat, den Antrag in zwei Punkte aufzuteilen und getrennt darüber abzustimmen: Zum einen den Erhalt des Freibades, dem die Gruppe zustimmen wolle, und zum anderen die Fortführung des Vertrages, welche die Gruppe aufgrund der langen Bindung ablehnen wolle.

Herr Dr. von Teichman gab zu bedenken, dass andere Alternativen zur Verfügung stünden, um schwimmen gehen zu können. Zudem komme das

„nautimo“ der Stadt teuer zu stehen. Er appelliere, der Verwaltung zu folgen und der Schließung des Freibades zuzustimmen.

An der folgenden angeregten Diskussion über die Bedeutung des Freibades sowie die Umsetzbarkeit des Änderungsantrages beteiligten sich neben **Frau Biester** die **Herren Walpurgis**, **Jacques**, **Becker**, **Prof. Reuter**, **Sokolowski**, **Hellwig**, **Oberbürgermeister Wagner**, **Biehl** und **Föhlinger**.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 2 Ja-Stimmen: Oberbürgermeister Wagner; FDP)

Anschließend wurde über den **Änderungsantrag** abgestimmt; diesem wurde bei 11 Nein-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV ohne Frau Linsen-Steiner; BASU-Fraktion; FDP; Linke) und 3 Enthaltungen (Frau Linsen-Steiner, Gruppe Grüne/WBV; UWG-Fraktion) **mehrheitlich zugestimmt.**

Die Sitzung wurde für eine **Pause von 18.10 Uhr bis 18.30 Uhr** unterbrochen.
Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung fuhr die Ratsvorsitzende mit den Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept fort.

Ziffer 7

Rückführung der Sonderkonditionen für Konzernmitarbeiter

Herr Hellwig brachte einen **Änderungsantrag** der Fraktionen CDU und SPD ein:

„Nr. 7 Ergänzung:
…Konzernmitarbeiter und ehemalige Konzernmitarbeiter.“

Dem Änderungsantrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: (inklusive der beantragten Änderung) - einstimmig zugestimmt -

---

Ziffer 8

Neufassung Arbeitszeitmodelle

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Weinstock** erläuterte **Herr Stoffers** die geplanten Änderungen: Es sei angedacht, eine technische Arbeitszeiterfassung einzuführen und ergänzend dazu in Zusammenarbeit mit dem Personalrat die Arbeitszeitmodelle zu erarbeiten. Denkbar sei ebenso die Anpassung der Öffnungszeiten der verschiedenen Fachbereiche oder die Modernisierung der Gleitzeitregelungen. In diesem Zusammenhang werde auch der Wegfall der Frühstücksbereitschaft als bezahlte Arbeitszeit diskutiert.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -
(bei 2 Enthaltungen: UWG-Fraktion)

Ziffer 9

Gebäudeflächenmanagement

Herr Dr. von Teichman hielt den geplanten Rückzug des Bürgeramtes aus dem Ratrium in die Stadthalle für falsch. Die Stadt wolle Leistungen zentralisieren und Wege verkürzen, was jedoch seiner Meinung nach mit dem Standort Stadthalle nicht möglich sei. Zusätzlich sei die Anschaffung neuer Ausstattung, wie zum Beispiel einer Rufanlage, mit unnötigen Kosten Verbunden. Er halte es für sinnvoller, die Mieten im Ratrium zu senken und einen Umzug erst als letzte Alternative vorzusehen.

Herr Sokolowski warf die Frage auf, was ein solcher Umzug die Stadt koste. Mieteinsparungen und Auslastung der Stadthalle seien eine Sache, eine andere seien jedoch die durch einen Behördenumzug entstehenden Kosten.

Herr Kottek merkte an, zum einen seien die im Haushaltssicherungskonzept angegebenen Zahlen nicht aus der Luft gegriffen. Zum anderen gehe es der Stadt generell um den Ansatz, aus gemieteten Immobilien nach und nach heraus- und in eigene Räumlichkeiten einzuziehen. Das Ratrium sei lediglich eins von verschiedenen Beispielen.

Herr Hellwig ergänzte, dass die Wege für die Bürger sowie die Parkmöglichkeiten in Innenstadtnähe optimaler seien, als am Rathausplatz. Außerdem könnten doch die Möglichkeiten, die die Stadthalle biete, genutzt werden, anstatt viel zu hohe Mieten zu zahlen.

Die Nachfrage von **Herrn Walpurgis** nach einer Übersicht über die seitens der Stadt eingegangenen Mietverhältnisse wurde von **Herrn Kottek** bejaht.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -
(bei 2 Enthaltungen: UWG-Fraktion)

Ziffer 10

Energetische Sanierung

Auf Bitten von **Frau Weinstock** erklärte **Herr Kottek** anhand eines Beispiels, was darunter zu verstehen sei.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Ziffer 11

Anpassung Überlassungsvertrag Stadttheater

Herr Dr. von Teichman zeigte sich hinsichtlich dieses Vorschlages skeptisch. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Beschluss über die Deckelung der Zuschüsse, der sich als schädlich für die Landesbühne erwiesen habe. Gleiches befürchte er bezüglich dieses Vorschlages. Anhand einiger Beispiele verdeutlichte Herr Dr. von Teichman seinen Standpunkt und warnte vor derartigen Beschlüssen als nicht zielführend.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 2 Gegenstimmen: Frau Weinstock, BASU-Fraktion; FDP und 2 Enthaltungen: UWG-Fraktion)

Ziffer 12

Überführung des Küstenmuseums (unter temporärer Schließung) in ein Stadtmuseum unter Einbeziehung der städt. Kunstsammlung/Kunsthalle mit klarer Beziehung zum Marinemuseum und Wattenmeerhaus

Herr Biehl brachte für die Gruppe Grüne/WBV folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Durchführung eines Kulturkolloquiums
Die Verwaltung bereitet für den Frühsommer ein zweitägiges „Kulturkolloquium" vor. An diesem nehmen alle Kultureinrichtungen der Stadt zuzüglich GGS, Finanzverwaltung, Kulturausschuss, WTF etc. teil. In diesem Kolloquium werden die Zusammenlegungen, Zentrierungen, Fusionen o.ä. unter Beachtung des vorhandenen städt. Gebäudebestandes / Flächen vorbereitet und wie diese/r zu nutzen oder entsprechend zu widmen ist/sind. Aus dem Kolloquium und den Resultaten leiten sich dann die Teilbereiche eines neuen Tourismuskonzeptes und das neue Kulturkonzept ab. In diesem Konzept muss das Einbeziehen des Umlandes eine besondere Bedeutung haben. In dieses Konzept ist natürlich auch die erhebliche Ausweitung der Möglichkeiten des Städtetourismus einzubeziehen. Weigerungen von Kultureinrichtungen, sich konstruktiv -auch durch ggf. notwendigen Anpassungen der Gebührenstrukturen- an der Entwicklung zu beteiligen, werden mit sofortigem Einfrieren von 50 (?) % der Zuschüsse beantwortet. Die Kultureinrichtungen haben das in diesem Kolloquium entstehende Konzept innerhalb einer vom Rat festzusetzenden Frist umzusetzen."

Frau Biester erinnerte daran, dass der Erhalt der Kunsthalle Gegenstand der Kulturpolitischen Leitlinien sei und warnte davor, zu leichtfertig mit dem Thema umzugehen.

Herr Hellwig beantragte für die Fraktionen CDU und SPD folgende Änderung:

„Überführung des Küstenmuseums und der städtischen Kunstsammlung/Kunsthalle (unter temporärer Schließung) in ein Stadtmuseum mit klarer Beziehung zum Marinemuseum und Wattenmeerhaus unter Beteiligung der betroffenen Institutionen."

Herr Dr. von Teichman machte auf den recht kleinen Anteil des Kulturbereichs am Haushalt aufmerksam. Auch halte er den Vorschlag der Verwaltung für nicht verständlich. Seiner Meinung nach sei eine Schließung des Küstenmuseum der falsche Weg. Besser sei, die Einrichtung zu stärken und für bessere Besucherzahlen zu sorgen. Auch stelle sich ihm die Frage, warum dieses Problem nicht längst einmal im Kulturausschuss thematisiert worden sei. Er sehe hier die Verwaltung in der Pflicht, von dort hätten längst entsprechende Vorschläge bzw. Vorgaben vorgelegt sollen. Weitere Einsparmöglichkeiten seien in diesem Bereich nicht mehr erzielbar. Er halte den Vorschlag der Verwaltung für eine Blase ohne Auswirkung.

Herr Biehl merkte an, dass der Antrag der Mehrheitsgruppe bereits im Antrag der Gruppe enthalten sei und daher nicht gestellt werden bräuchte. Zudem schlage er vor, den **Satz** seines Antrages „*Weigerungen von Kultureinrichtungen, sich konstruktiv -auch durch ggf. notwendigen Anpassungen der Gebührenstrukturen- an der Entwicklung zu beteiligen, werden mit sofortigem Einfrieren von 50 (?) % der Zuschüsse beantwortet."* zu **streichen**.

Frau Weinstock erinnerte, die Stadt habe einen Mietvertrag für das Gebäude des Küstenmuseums. Ihr stelle sich die Frage, was mit dem Gebäude geschehe, sofern das Küstenmuseum verlagert werde.

Herr Hellwig merkte in Richtung von Herrn Biehl an, mit dem Änderungsantrag der Mehrheitsgruppe sei lediglich der Vorschlag der Verwaltung etwas umgestellt und damit den Prüfauftrag verändert worden.

Herr Prof. Reuter zeigte sich verwundert über die Vorwürfe von Herrn Dr. von Teichman gegenüber der Verwaltung. Es stelle sich die Frage, warum die prekäre Lage des Küstenmuseums ihm nicht selbst längst aufgefallen sei und er sich dazu geäußert habe. Unbestreitbar sei der dringende Handlungsbedarf, welchem die Verwaltung nunmehr Abhilfe zu schaffen gedenke.

Herr Dr. von Teichman erwiderte, das Problem sei bereits lange bekannt und leider nicht von der Verwaltung behoben worden. Bezüglich des Änderungsantrages von Herrn Hellwig wolle er darauf aufmerksam machen, dass dort nicht nur die temporäre Schließung des Küstenmuseums, sonder auch der Kunsthalle vorgesehen sei. Seines Erachtens könne dies nicht zu Einsparungen führen.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde zunächst über den Änderungsantrag der Gruppe Grüne/WBV abgestimmt.

Der **Änderungsantrag der Gruppe Grüne/WBV** mit folgendem Wortlaut (inklusive der von Herrn Biehl vorgetragenen Änderung)

„Durchführung eines Kulturkolloquiums
Die Verwaltung bereitet für den Frühsommer ein zweitägiges „Kulturkolloquium“ vor. An diesem nehmen alle Kultureinrichtungen der Stadt zuzüglich GGS, Finanzverwaltung, Kulturausschuss, WTF etc. teil. In diesem Kolloquium werden die Zusammenlegungen, Zentrierungen, Fusionen o.ä. unter Beachtung des vorhandenen städt. Gebäudebestandes / Flächen vorbereitet und wie diese/r zu nutzen oder entsprechend zu widmen ist/sind. Aus dem Kolloquium und den Resultaten leiten sich dann die Teilbereiche eines neuen Tourismuskonzeptes und das neue Kulturkonzept ab. In diesem Konzept muss das Einbeziehen des Umlandes eine besondere Bedeutung haben. In dieses Konzept ist natürlich auch die erhebliche Ausweitung der Möglichkeiten des Städtetourismus einzubeziehen. ~~Weigerungen von Kultureinrichtungen, sich konstruktiv -auch durch ggf. notwendigen Anpassungen der Gebührenstrukturen- an der Entwicklung zu beteiligen, werden mit sofortigem Einfrieren von 50 (?) % der Zuschüsse beantwortet.~~
Die Kultureinrichtungen haben das in diesem Kolloquium entstehende Konzept innerhalb einer vom Rat festzusetzenden Frist umzusetzen.“

wurde **einstimmig angenommen**.

Der **Änderungsantrag von Herrn Hellwig** für die Fraktionen CDU und SPD wurde anschließend bei 11 Gegenstimmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Herr Becker, WBV-Fraktion; BASU-Fraktion; FDP; Linke) und 2 Enthaltungen (Herr Lietzmann, WBV-Fraktion; Herr Walpurgis, UWG-Fraktion) **mehrheitlich angenommen**.

Ziffer 13

Zusammenführung des Botanischen Gartens mit dem Rosarium einschließlich Ziergärtnerei TBW im Stadtpark

Herr Dr. von Teichman bezeichnete die Schließung der Ziergärtnerei als sinnvollen Vorschlag. Bezüglich der Verlagerung des Botanischen Gartens sei er unschlüssig: Einerseits erscheine dies sinnvoll und böte eine Entwicklungsmöglichkeit, doch andererseits dürften die Investitionen der letzten Jahre in diese Einrichtung nicht vergessen werden. Auch könnte es sich als problematisch erweisen, das dann freiwerdende Gelände aufgrund seiner Lage zu vermarkten. Vor diesem Hintergrund erscheine es ihm fraglich, ob die im Haushaltssicherungskonzept ausgewiesene Summe tatsächlich erreichbar sei.

Herr Hellwig erklärte, das Thema sei nach der heutigen Beschlussfassung im Betriebsausschuss nochmals aufzuarbeiten und mit aktuellen Berechnungen zu versehen. In jedem Falle sollte versucht werden, die sich bietenden Verbesserungsmöglichkeiten zu nutzen.

Herr Biehl machte darauf aufmerksam, dass der Botanische Garten an seinem jetzigen Standort keine Möglichkeiten mehr habe, zu expandieren. Ein Umzug in Richtung Rosarium böte für die Einrichtung bessere Voraussetzungen, auch wenn der neue Standort sicherlich zunächst einer Eingewöhnung bedürfe.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 1 Gegenstimme: Frau Weinstock, BASU-Fraktion und
2 Enthaltungen: FDP und Linke)

Ziffer 14

Effizientere Nutzung der Sportanlagen/ -hallen

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Ziffer 15

Kündigung der Nutzungsverträge der Sportplätze Sengwarden, Fedderwarden und Sportforum

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Ziffer 16

Verzicht auf Neubürgerprämie

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Ziffer 17

Veranlagung des Winterdienstes

Herr Veh wies darauf hin, dass eine Veranlagung bislang nicht erfolgt sei, da es aufgrund der derzeitigen Regeln zu einer ungerechten Verteilung der Kostenpflichten komme. Hier sei die Verwaltung bemüht, in der Zukunft eine gerechte Verteilung zu erreichen.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei Gegenstimme von Herrn Walzner, UWG-Fraktion)

Ziffer 18

Optimierung (ggfls. auch Zusammenlegung/Privatisierung) von Friedhöfen

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 1 Gegenstimme: Linke und
1 Enthaltung: Frau Weinstock, BASU-Fraktion)

Ziffer 19

Umstellung Straßenbeleuchtung auf Eigenerledigung und LED-Technik

Herr Dr. von Teichman gab zu bedenken, dass LED-Technik derzeit noch um einiges teurer sei, als herkömmliche Energiesparlampen. Er könne in einer Umstellung auf LED keinen Spareffekt erkennen. Ferner sei ihm nicht klar, was mit „Eigenerledigung“ gemeint sei. Hier halte er eine Ausschreibung für sinnvoller.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 2 Gegenstimmen: Herr Walzner, UWG-Fraktion; FDP und
2 Enthaltungen: Linke; Frau Weinstock, BASU-Fraktion)

Ziffer 20

Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf 20 h werktags, 18 h samstags ab 1.7.13

Herr Dr. von Teichman hielt die eingebrachten Vorschläge für nicht zielführend. Er sehe hier keine besonderen Einnahmeerhöhungen für die Stadt. Besser sei nach seinem Dafürhalten eine Senkung der Parkgebühren, um die Innenstadt für Besucher interessanter zu gestalten. Es dürfe darüber hinaus nicht vergessen werden, dass eine Ausweitung verstärkten Personaleinsatz fordere und daher wiederum Kosten verursache. Er hielte es für besser, diesen Vorschlag abzulehnen.

Frau Weinstock stimmte dem zu und hielt den Verwaltungsvorschlag ebenfalls für kontraproduktiv.

Herr Biehl zeigte sich verwundert hinsichtlich ein Einwände. Seiner Meinung nach komme es einem Besucher, der in der Stadt Geld ausgeben wolle, nicht mehr auf den kleinen Posten Parkgebühren an.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 5 Gegenstimmen: Herr Becker, WBV-Fraktion; Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Frau Weinstock, BASU-Fraktion; Herr Walzner, UWG-Fraktion und FDP)

Ziffer 21

Erhöhung der Parkgebühren um 0,25 € je 30 Min. zum 1.7.2013

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 5 Gegenstimmen: Herr Becker, WBV-Fraktion; Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Frau Ober-Bloibaum, BASU-Fraktion; Herr Walzner, UWG-Fraktion; FDP und 3 Enthaltungen: Frau Weinstock, BASU-Fraktion; Herr Walpurgis, UWG-Fraktion; Linke)

Ziffer 22

Einführung einer Beherbergungssteuer für privat veranlasste Übernachtungen

Herr Biehl erklärte, ihm sei der Vorschlag zu vage gefasst und bat, diesen als Prüfauftrag aufzurufen.

Herr Dr. von Teichman bezeichnete den Vorschlag als kontraproduktiv und warnte davor, den Bürgerinnen und Bürgern auch hier in die Tasche greifen zu wollen. Es müsse durch eine solche Steuer eher befürchtet werden, dass Übernachtungsgäste und Anbieter abgeschreckt würden. Zudem scheine ihm die Einhaltung dieser Vorschrift nur schwer kontrollierbar.

Herr Stoffers machte darauf aufmerksam, dass es sich hier nur um einen Prüfauftrag handeln könne: Der Rat gebe zunächst einmal den Auftrag zur Umsetzung und die Verwaltung erarbeite dann eine entsprechende Satzung. Über diese wiederum habe der Rat abschließend zu beschließen.

Herr Walpurgis vermisste angesichts der Sachlage das Wort „Prüfauftrag“ im Verwaltungsvorschlag. Zudem halte auch er die Einführung dieser Steuer für nicht zielführend, besonders, wenn die Stadt die Zahl der Übernachtungen steigern wolle. Seiner Einschätzung nach sei dieser Vorschlag „mit einer heißen Nadel gestrickt“.

Herr Becker betonte ebenfalls die zu erwartenden schlechten Auswirkungen für den Tourismus.

Herr Biehl warf abschließend die Frage auf, warum die Einführung dieser Steuer bei den aufgezeigten negativen Auswirkungen so gut funktioniere.

Frau Glaser beantragte die Einfügung des Wortes „Prüfauftrag“.

Beschluss: (inklusive der beantragten Änderung) - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 4 Gegenstimmen: BASU-Fraktion; Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; FDP und 1 Enthaltung: Linke)

Ziffer 23

Zinseinsparungen durch Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Biehl** erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, die sich aus der Schulentwicklungsplanung ergebenden Änderungen seien bereits im Haushalt berücksichtigt und daher hier nicht gesondert aufgeführt.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -
(bei 4 Enthaltungen: Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; Herr Becker, WBV-Fraktion; Frau Weinstock, BASU-Fraktion; Herr Walzner, UWG-Fraktion

Nach Abschluss des Haushaltssicherungskonzeptes – Vorschläge der Verwaltung – rief **Frau Glaser** die **Anlage 2b („Haushaltssicherungs-konzept – weiteres Einsparpotential“)** auf. Diese enthielt eine Reihe weiterer Vorschläge, die nicht Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes waren. Eine Ergänzung des Haushaltssicherungskonzeptes um die unterbreiteten Vorschläge sollte durch das Einbringen entsprechender Anträge erfolgen. Da keine Anträge gestellt wurden, blieb diese Anlage **unberücksichtigt**.

Anschließend erfolgte die Beratung über die **Vorschläge der Politik (Anlage 2c)**, sofern diese nicht bereits durch die vorangegangenen Beratungen erledigt waren.

Die Anträge wurden jeweils durch die Antragsteller eingebracht und, soweit erforderlich, begründet.

Zunächst wurde über die **Anträge der BASU-Fraktion** beraten:

Nr. 1

Verkauf der Anteile Biosphere-Innovationszentrum, Emsstr.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 2 Ja-Stimmen: BASU-Fraktion und 1 Enthaltung: Herr Lietzmann, WBV-Fraktion)

Nr. 2

Verkauf des Gewerbezentrums Kutterstr.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 4 Ja-Stimmen: BASU-Fraktion; Herr Walzner, UWG-Fraktion; FDP und 1 Enthaltung: Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Nr. 8

Personelle Aufstockung des Planungsbereichs der GGS

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 3 Ja-Stimmen: BASU-Fraktion; Linke und
1 Enthaltung: Herr Walpurgis, UWG-Fraktion)

Nr. 9

Kürzung der Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder

Herr Biehl beantragte, das Thema in den Ältestenausschuss zu verweisen.

Herr Becker machte in diesem Zusammenhang auf die bereits beantragte und noch nicht durchgeführte Sitzung zum Thema „Rederecht“ aufmerksam.

Frau Glaser informierte, dies sei aus terminlichen Gründen bislang noch nicht möglich gewesen.

Auf Anregung von **Herrn Walpurgis**, eine Sitzung möglichst noch vor den Osterferien stattfinden zu lassen, legte **Frau Glaser** als Termin für die Sitzung des Ältestenausschusses den 13.03.2013 vor der Ratssitzung fest.

Der **Antrag von Herrn Biehl auf Verweisung** dieses Themas in den Ältestenausschuss wurde bei 11 Ja-Stimmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; UWG-Fraktion; Herr Becker, WBV-Fraktion; FDP und Linke) **mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 14 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion;
UWG-Fraktion; FDP und Linke)

Nr. 12

Überprüfung der Möglichkeit des Verkaufs des Jade-Stadions, ansonsten muss auch über anderweitige Auslastung und Erhöhung der Miete nachgedacht werden

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 2 Ja-Stimmen: BASU-Fraktion und
2 Enthaltungen: Herr Sokolowski, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; FDP)

Nr. 16

Aufgabe des Gebäudes Luisenstr. Und Verkauf des Gesamtgeländes der Stadtwerke

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 2 Ja-Stimmen: BASU-Fraktion und
5 Enthaltungen: UWG-Fraktion; Herr Büscher, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; FDP und Linke)

Es folgten die **Anträge von Herrn Dr. von Teichman, FDP**:

Nr. 4

Verkauf RNK Immobilien GmbH

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 1 Ja-Stimme: FDP und
3 Enthaltungen: Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
Frau Weinstock, BASU-Fraktion; Herr Walzner, UWG-Fraktion)

Nr. 6

Nautimo – Privatisierung des Betriebes

Zwischen den **Herren Stoffers**, **Dr. von Teichman** und **Hellwig** wurde die Ausgestaltung der Privatisierung diskutiert.
Dabei ging **Herr Stoffers** davon aus, dass das Bad ohnehin bereits durch die „nautimo GmbH“ als privatem Betreiber geführt würde, während **Herr Hellwig** den Verkauf des Bades an Private vorzog. **Herr Dr. von Teichman** betonte, ihm gehe es lediglich darum, den technischen Betrieb des „nautimo“ in private Hand zu geben.

Oberbürgermeister Wagner wendete gegenüber Herrn Stoffers ein, dass die Stadt letztlich aber die „nautimo GmbH“ für den Betrieb des Bades bezahle. Seiner Auffassung nach gehe es Herrn Dr. von Teichman jedoch darum, einen Dritten zu finden, der nicht auf Kosten der Stadt den Betrieb für das Bad übernehme.
Daher bringe er folgenden **Änderungsantrag** in Form eines Prüfauftrages an Verwaltung und über die Gesellschafterversammlung an die Stadtwerke ein:

„Prüfauftrag: a) Verkauf prüfen, b) wenn ein Verkauf nicht möglich ist, einen Betreiber suchen.“

Der Änderungsantrag wurde bei 2 Gegenstimmen (Frau Weinstock, BASU-Fraktion und Linke) und 1 Enthaltung (Herr Veh, SPD-Fraktion) **mehrheitlich angenommen**.

Nr. 12

Betriebsteil Straße und Grün im TBW - Auflösung; Aufgaben privat vergeben. Für Straßen etc. ppp-Modell entspr. „Lippe“ entwickeln. Straßenreinigung an Wohnstraßen dem Bürger übergeben.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 1 Ja-Stimme: FDP)

Nr. 13

Oceanisgebäude - Belebung zusammen mit Interessengemeinschaft zur Erhaltung histor. Fahrzeuge. Dann auch erfolgreiche Gastronomie.

Herr Biehl merkte an, dies könne im Rahmen des „Kulturkolloquiums“ thematisiert werden.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 2 Ja-Stimmen: FDP und Herr Walzner, UWG-Fraktion und 1 Enthaltung: Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Nr. 16

Verein zur Erhaltung und Förderung des Küstenmuseums - Hilfe, so dass Verein wieder gemeinnützig und damit Spenden steuerlich absetzbar

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 14 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Linke und 1 Enthaltung: Frau Kolbe, SPD-Fraktion)

Nr. 17

Tourismuskonzept - Vorarbeiten abschließen, Konzept vom Rat beschließen lassen. In 2 Jahren umsetzen.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass zwischenzeitlich zwei Entwürfe zwecks Zusammenführung bei der WTF lägen. Dazu gebe es mehrere flankierende Konzepte, die ebenfalls bei der WTF überprüft würden. Die Ergebnisse würden zu gegebener Zeit im Rat vorgetragen.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 17 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP; Linke; Oberbürgermeister Wagner; Herr Gerriets und Frau Biester, beide CDU-Fraktion)

Nr. 18

Konzept Stadt-(Mehrfunktions)halle - Mit LK Friesland auf Gebietsgrenze o. ä.. Abriss Stadthalle und Nordfrostarena. Bebauung Stadthallengelände mit Wohnungen wie „Wohnpark“.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 3 Ja-Stimmen: FDP; Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Frau Ober-Bloibaum, BASU-Fraktion)

Nr. 19

Zusammenarbeit mit Lk Fri etc. - Zusammenlegung: Personalverw., EDV, Feuerwehr / Rettungsdienst, RPA, VHS/Musikschule, Berufsschulkonzept, Gemeinsame (und ausschließliche!) Tourismusorganisation. Gemeinsames Krankenhauskonzept mit SWH u. S´busch einschl. Privatisierung aller. Umweltschutz- Arten- und Klimakonzept

Herr Biehl machte darauf aufmerksam, dass dies im Rahmen des KGSt-Gutachtens geprüft werde. Diese Ergebnisse seien abzuwarten.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 1 Ja-Stimme: FDP und 2 Enthaltungen: BASU-Fraktion)

Nr. 20

Wirtschaftsförderung - Zusammen mit Fri, beide bringen eigene W-Förderungen (WFG, Referat 03) in „Jade-Bay neu“ ein. Dazu auch JadeWeserPort und Logistic-Zone

Oberbürgermeister Wagner merkte an, dass die Stadt nicht Gesellschafter in der Logistic-Zone sei und daher auch hierüber keine Verfügungen treffen könne.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 2 Ja-Stimmen: FDP und Oberbürgermeister Wagner und
6 Enthaltungen: UWG-Fraktion; BASU-Fraktion; Herr Biehl, Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen; Herr Lietzmann, WBV-Fraktion)

Nr. 21

Überörtliche Mitgliedschaften - Überprüfung der Effizienz

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 13 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion;
Herr Walzner, UWG-Fraktion; FDP und Linke sowie
1 Enthaltung: Herr Walpurgis, UWG-Fraktion)

Nr. 22

Schulkonzept - BBSen an Friedenstr./KKG. FOS u. Sprachheilzentrum (+private Anbieter) an Wasserturm. Konzept „Jedes Kind hat einen Abschluss“ umsetzen!! GS bleiben erhalten. An allen Schulen: Konzept wie Gymnasium Hamm in Hamburg

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 14 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion;
UWG-Fraktion; FDP und Linke)

Nr. 23

Fahrzeugpark - Erkenntnisse aus der Analyse werden umgesetzt

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 14 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Linke)

Nr. 24

Verwaltung - 2 Dezernate + OB

Auf Bitten von **Herrn Biehl** erläuterte **Herr Stoffers** die aktuelle Beschlusslage aus Dezember des letzten Jahres: Dort sei ein 2-stufiges Modell beschlossen worden, das in der ersten Stufe die Einstellung von 2 Referatsleitern unterhalb der Wahlbeamtenebene vorsehe. Sollte dies nicht umgesetzt werden können, greife die zweite Stufe, nach der 2 Wahlbeamten eingesetzt würden. Diese Thematik sei beschlussmäßig aufgearbeitet. Der hier von Herrn Dr. von Teichman eingebrachte Antrag stehe diesem jedoch teilweise entgegen.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, dass man bei Anwendung der Stufe 2 trotzdem wieder bei vier Dezernaten stehe und damit bei einem zuviel.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 1 Ja-Stimme: FDP und 3 Enthaltungen: Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Herr Walzner, UWG-Fraktion und Linke)

Über die **Anträge von Herrn Heinemann, CDU-Fraktion**, wurde nicht abgestimmt. Er erklärte, er habe seine Anträge Nr. 7 „Gelenkbusse“, 10 „Porto“ und 11 „Einzug/Abrechnung“ aufbereitet und den Aufsichtsratsmitgliedern der entsprechenden Gesellschaften mit der Bitte um dortige Beratung zugeleitet. Alle anderen Vorschläge **ziehe er zurück**.

Abschließend erfolgte die Beratung über die **Anträge der Gruppe Grüne/WBV**:

Nr. 2

Überprüfung und Anpassung aller vorhandenen Entgeltordnungen

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Nr. 4

Reduzierung des ganzseitigen Telefonbucheintrages (Das Örtliche) bzw. anderer Medien.

Oberbürgermeister Wagner wendete ein, es gebe nach wie vor einen großen Anteil von Bürgern, die das Internet nicht nutzen und daher auf derartige Informationen/Übersichten angewiesen seien. Daher sei es besser, diese in der gewohnten Form zu belassen.

Herr Hellwig erinnerte daran, dass aus dem gleichen Grunde auch die amtlichen Bekanntmachungen in der WZ beibehalten worden seien.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 11 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; FDP und 4 Enthaltungen: UWG-Fraktion; Herr Debring, SPD-Fraktion; Linke)

Nr. 5

Massive Reduzierung der regelmäßig erscheinenden städt. Hochglanzbroschüren

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt -
(bei 13 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV - ohne Frau Linsen-Steiner; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Linke sowie 1 Enthaltung: Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Nachdem die Beratungen über das **Haushaltssicherungskonzept** inklusive aller dazugehörigen Anträge abgeschlossen war, ließ Frau Glaser über diesen Tagesordnungspunkt **in Gänze** abstimmen:

Beschluss: (inklusive der beantragten Änderungen) - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 14 Nein-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Linke)

7.1.7 Haushaltssatzung 2013 / 2014 **37/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.02.2013 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 einschließlich des Haushaltsplanes, des Haushaltssicherungskonzeptes und des Investitionsprogramms unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen und Haushaltsvermerke sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es bestand hier kein Informationsbedarf.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Schriftlich eingereichte Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

Herr Radmer zeigte sich verärgert darüber, dass scheinbar ausschließlich bei der Bevölkerung gespart werde. Er richtete daher seine Frage an die Fraktionsvorsitzenden, warum diese sich nicht selbst mehr eingebracht hätten.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, laut Haushaltssicherungskonzept seien auch erhebliche Änderungen an städtischen Strukturen beschlossen worden.

Herr Radmer warf ein, dass jedoch auch die Entschädigungen für die Politik auf den Prüfstand gehörten.

Herr Föhlinger machte darauf aufmerksam, dass zum Beispiel die WFG ohnehin aufgelöst werden solle und es darüber hinaus im Zuge der Rekommunalisierung zu weiteren Einsparungen komme.

Herr Hellwig ergänzte, dass auch der Rat sehr wohl bestrebt sei, seinen Teil beizutragen. Im Übrigen stelle die Tätigkeit eines Ratsmitgliedes, auch wenn diese als „Ehrenamt“ bezeichnet werde, Arbeit dar, die nicht zuletzt dem Bürger zugutekomme. Hinsichtlich der Einsparungen im eigenen Bereich wolle er außerdem auf die soeben beschlossene Verkleinerung des Rates und die Reduzierung der Gremien hinweisen.

Herr Radmer wiederholte, er halte es für ungerecht, dass den Bürgern massive Einschnitte abverlangt würden, die Ratsmitglieder aber in Gremien weiterhin Vergütungen in zum Teil nicht unerheblicher Höhe erhielten.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt wurden, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 22:05 Uhr

gez.	gez.	gez.
Glaser Ratsvorsitzende	Wagner Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin